

Bezirksversammlung verurteilt Anschlag bei der Einweihung des Zwangsarbeitermahnmals

In Hamburg wurden während des Zweiten Weltkrieges etwa 500.000 Menschen aus ganz Europa als Zwangsarbeiter eingesetzt. Auch in Bergedorf gab es viele Betriebe, in denen Tausende Männer, Frauen und auch Kinder, insbesondere aus osteuropäischen Ländern, gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen wurden. Untergebracht waren sie entweder im KZ Neuengamme oder aber in Lagern, die im ganzen Bergedorfer Stadtgebiet verteilt waren, z. B. auch auf dem Gelände des heutigen Fachmarktzentrums am Schleusengraben.

Zur Erinnerung an diese Menschen und zur Mahnung, dass es so etwas nie wieder geben darf, hat die Bezirksversammlung Anfang des Jahres den Auftrag zur Erstellung eines Mahnmals am Schleusengraben erteilt. Am vergangenen Freitag fand die Einweihung unter Anwesenheit einiger ehemaliger Zwangsarbeiter und deren Angehöriger statt. Dabei kam es zu einem fürchterlichen Zwischenfall. Ein Mann, der wegen neonazistischer Aktivitäten bereits verurteilt war, der aber offensichtlich auch einen psychischen Defekt hat, besprühte die polnischen Gäste mit Reizgas, so dass sie ärztlich behandelt werden mussten.

Die Bezirksversammlung hat diesen Vorfall so ernst genommen, dass deren Vorsitzender, Christoph Mallok, zu Beginn der Sitzung am letzten Donnerstag im Namen aller Fraktionen diesen Anschlag noch einmal kommentiert und verurteilt hat. Dabei ging er darauf ein, dass es seit der Vorstellung der Pläne für das Mahnmal eine Fülle von Reaktionen gegeben hat, die von außergewöhnlicher Aggressivität und Intoleranz geprägt waren. Schon bei der symbolischen Ein-

weihung im Frühjahr wurde über ein Internetforum der Bergedorfer Zeitung zu Störungen der Veranstaltung mit Trillerpfeifen und anderen Geräten aufgerufen, wozu

klärte, dass 12.000 Euro für sich gesehen natürlich viel Geld seien, auf die Einwohnerzahl Bergedorfs umgerechnet wären das aber nur 10 Cent pro Einwohner, also weniger als der Wert einer Zigarette und er stellte die Frage: „Sollte uns die Erinnerung an das Leid, das auch in vielen Bergedorfer Betrieben Tausenden ausländischer Zwangsarbeiter zugefügt wurde, diese 10 Cent nicht wert sein?“

Mallok wies auch darauf hin, dass es bei keinem der vielen anderen Kunstwerke, die in den vergangenen Jahren in Bergedorf aufgestellt wurden, eine derart emotionale Diskussion gegeben hat, weder über die Form noch über die Kosten. Für ihn stelle sich daher die Frage: „Wie viel Ewiggestrige, um nicht den Begriff Rechtsradikale zu benutzen,

haben unter einem Pseudonym gegen das Kunstwerk, den Künstler, die Politiker und die Kosten polemisiert und lehnen eigentlich das Zwangsarbeitermahnmal an sich ab?“ Er fühle sich daher bestätigt, dass es richtig war, dieses Mahnmal zu errichten: zur Information, zur Erinnerung und zur Mahnung, dass so etwas nie wieder passieren sollte.



es allerdings nicht kam. Die Politiker und der Künstler wurden teils übelst beschimpft.

Mallok erklärte, dass man über ein Kunstwerk natürlich unterschiedlicher Meinung sein kann. Die Frage sei aber, warum die Debatte mit solch außergewöhnlicher Aggressivität geführt wurde. Auch ging er auf die immer wieder angeführten Kosten ein. Mallok er-